Antworten der FDP-Fraktion auf die Fragen der Seniorenvertretung Innenstadt

Zur Frage der Mobilität

- Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Radverkehr grundsätzlich auf die Fahrbahn verlegt wird. Die Fußwege sollen für die Fußgänger da sein. Nur in Ausnahmefällen, wo der Platz nicht ausreicht, kann der Radverkehr auf einem Radweg neben dem Fußweg verbleiben. Dann muss es allerdings eine klare optische Trennung geben.
- E-Scooter haben auf Fußwegen nichts zu suchen. Die FDP will feste Abstellflächen in Höhe der Fahrbahn (z.B. durch Umwandlung von einzelnen Parklücken), sodass die Geräte gar nicht erst auf die Bürgersteige kommen.
- Die gesetzliche Verpflichtung zu barrierefreien Haltestellen muss endlich umgesetzt werden. Das entsprechende Programm von Stadt und KVB muss beschleunigt werden.
- Aufzüge und Rolltreppen müssen schneller repariert werden. Wenn es keine Ersatzteile mehr gibt, müssen die alten Rolltreppen gegen neue ausgetauscht werden. Wir brauchen außerdem ein Erfassungssystem, mit dem man auf der KVB-App erkennen kann, wenn Aufzüge und Rolltreppen defekt sind.
- Die Ampelphasen für Fußgänger müssen lang genug sein. Allerdings muss hier in jedem Einzelfall geprüft werden, wie viele Sekunden möglich sind.
- Die FDP ist für Tempo 30 in Wohngebieten und kleinen Straßen. Auf Hauptverkehrsstraßen muss Tempo 50 erhalten bleiben, damit der Verkehr fließen kann.

Zur Frage des Bezahlbaren Wohnens

- Die Kölner FDP setzt sich seit Jahren für neue Wohnformen sowie eine flexible Gestaltung des Wohnraums ein. Entsprechende Projekt wie "wohn mobil" und "Wohnen für Hilfe" sind Angebote, die diesem Anliegen entsprechen. Wir haben diese Projekte immer unterstützt – auch in Haushaltsverhandlungen.
- Das Problem des Mangels an bezahlbarem Wohnraum besteht in zu viel Bürokratie, langen Bearbeitungszeiten und einer Unzahl von Vorschriften. Auch die GAG beklagt diesen Missstand. Der Hebel für eine erfolgreiche Bautätigkeit liegt somit in der Entbürokratisierung und mehr Tempo bei der Bearbeitung von Bauanträgen und nicht bei den Anteilen der GAG, zumal die Stadt Köln mit 88 % ohnehin bereits das Sagen hat.
- Die FDP hat sich schon immer aktiv für die Ausweisung neuer Flächen für den Wohnungsbau eingesetzt. Leider stoßen unsere Vorschläge nicht immer gleich auf die Zustimmung der anderen Fraktionen. So hat es Jahre gedauert bis unser Vorschlag, Kreuzfeld als Baugebiet auszuweisen, vom Rat beschlossen wurde. Ebenso haben wir uns bereits 2016 dafür ausgesprochen, dass Grundstück Ecke Krefelder Straße/ Innere Kanalstraße für eine Wohnbebauung zu prüfen.

Zur Frage der Pflege

- Ja, wir brauchen Parkmöglichkeiten für Pflegedienste. Wie negativ sich das Fehlen bzw. das Streichen von Parkplätzen auf die Arbeit der Pflegedienste auswirkt, hat der Verkehrsversuch Deutzer Freiheit gezeigt, wo die Pflegekräfte ihre Klientinnen und Klienten kaum noch erreichen konnten. Pflegekräfte sollen ihre Zeit für die Pflege nutzen können und nicht für die Parkplatzsuche.

- Laut kommunaler Pflegeplanung liegt Köln im Hinblick auf die Bevölkerungszahl bei den Plätzen für die Kurzzeitpflege deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Allerdings gilt es auch zu bedenken, dass sich viele Menschen aufgrund der hohen Kosten eine Kurzzeitpflege immer seltener leisten können. Hier sowie bei den Refinanzierungsangeboten für Pflegeheime ist aber vor allem der Bund gefordert.

Zur Frage Sicheres Köln

- Eine neue Gestaltung des Ebertplatzes ist ein Leitprojekt des Masterplans Köln. Fußgängerinnen und Fußgänger auf der Verbindung Eigelstein/ Neusser Straße müssen aus der heruntergekommenen Passage ans Tageslicht gebracht werden. Die FDP setzt sich auch für den derzeitigen Beteiligungsprozess zur weiteren Gestaltung ein und unterstützt bis zur Umsetzung die Zwischennutzung zur Belebung des Platzes.
- Die Verwahrlosung der Stadt, von Plätzen und U-Bahn-Stationen muss gestoppt und entschieden bekämpft werden. Die FDP fordert die Eindämmung der offenen Drogenszene nach dem Züricher Modell mit Prävention, Hilfe und repressiven Maßnahmen.

Zur Frage der Seniorenpolitik

- Die Kölner FDP setzt sich schon seit Jahren für ein eigenes Antragsrecht der gewählten Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter in den Bezirksvertretungen ein. Die derzeitige Situation, dass die Sprecherinnen und Sprecher ihre Anliegen nur dann einbringen können, wenn diese von einer politischen Fraktion beantragt werden, ist nicht hinnehmbar.